



HERBERT FÖRSTER

„Müssen die Stadt als Ganzes im Blick haben“

Sie stehen für das Prinzip wechselnder Mehrheiten. Wie stellt sich das in der Fraktionsarbeit dar?

Gerade in einer Fraktion mit unserem Zusammenschluss ist dieses Prinzip dauerpräsent. Ich als Pirat mit sozialliberalem, humanistischem Ansatz treffe hier mit einem Stadtverordneten der Satirepartei „Die PARTEI“ und einem Stadtverordneten der eher bürgerlichen „FREIE WÄHLER“ zusammen. Da gilt es nicht nur, die Vorstellungen von uns Dreien unter einen Hut zu bekommen, sondern auch die Programmatik der jeweiligen Parteibasis zu berücksichtigen. Je nachdem, welche Stadtteile von einem Beschluss betroffen sind, können auch die Wünsche der Ortsbeiratsmitglieder unserer Parteien und unsere Vorstellungen für die Gestaltung unserer Stadt hier im Römer weit auseinandergehen. Als Stadtverordnete müssen wir vor allem die Stadt als Ganzes im Blick haben. Das sind die Momente, in welchen wir mit einer Abstimmung „zwei gegen einen“ unsere Beschlüsse fassen. Der Unterlegene muss das akzeptieren und bei seiner Partei vertreten. Wir sind in dieser Wahlperiode mit diesem Prinzip sehr gut gefahren.

Könnten auch Magistrat und Stadtparlament auf diese Weise zusammenarbeiten?

Natürlich! Die aktuelle Koalition von CDU, GRÜNE und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, dass ein Antrag abgelehnt wird, wenn



nur eine Koalitionsfraktion dagegen ist. Ein Koalitionspartner hat damit die Möglichkeit, die Mehrheit zu blockieren. Dies sorgt de facto für eine Lähmung des Stadtparlaments und bedeutet, dass wichtige Anträge der Oppositionsfraktionen praktisch nie eine Mehrheit bekommen. Eine Koalition der großen Parteien zementiert nur deren Macht. Ein Parlament mit wechselnden Mehrheiten macht es möglich, Sachentscheidungen

zu treffen abseits der Klientelpolitik von Parteien. Das altbackene Argument ist: „Wir brauchen eine Koalition, um eine verlässliche Stadtregierung zu haben!“ – Doch das zieht nicht mehr. Die Frankfurter haben ein Recht darauf, dass das Ergebnis ihrer Wahl sich in den Beschlüssen des Parlaments abbildet. Wenn eine Fraktion eine Mehrheit für ihre Anträge haben möchte, muss sie bei den anderen darum werben.

Von der großen Koalition sind keine Visionen zu erwarten. Wird Kommunalpolitik in Zukunft nur noch kleinteilig funktionieren?

Es zeigt sich schon seit langem, dass die Anzahl der kleinen Parteien steigt. Aktuell sind in der Stadtverordnetenversammlung 15 Parteien und Wählergemeinschaften in neun Fraktionen vertreten. Wenn Kommunalpolitik glaubhaft sein soll, müssen alle Fraktionen ihre Positionen ohne

Blockade durch Koalitionen zur Beschlussfassung stellen können. Es muss Konsens sein, dass jeder Stadtverordnete nach seinem Gewissen entscheiden kann.

Sie haben immer wieder die Zusammenarbeit mit Vereinen und NGOs wie beispielsweise „Transparency International“ oder aber auch mit der lokalen Gruppe der Initiative „Freifunk“ angeregt. Welche Vorteile sehen Sie in der sachbezogenen Zusammenarbeit?

Die Vereine und NGOs repräsentieren für mich das Interesse der Menschen abseits von Parteien. Wenn die Spezialisierung eines Vereins oder einer Organisation die Lösung einer Aufgabe ermöglicht und dabei noch die Menschen mitnimmt, schafft dies Synergien und Akzeptanz auf einer breiten Basis. Die Förderung des Stadtaubenprojekts beispielsweise hilft, den Tauben in der Stadt tierschutzgerecht Herr zu werden. Mit dem Verein „Freifunk Frankfurt“ könnte ein stadtweites, datenschutzgerechtes WLAN-Netz ohne Limit und Anmeldezwang verwirklicht werden. Und die Forderungen von „Transparency International“ sind eine Richtschnur, welche sich die Stadt in puncto Transparenz in Politik und Verwaltung unbedingt als Maßgabe geben müsste. Man sieht also, wohin es mit solcher Zusammenarbeit gehen könnte. Das ist dann Handeln im Sinne der Menschen unserer Stadt!

Aus dem Planungsausschuss

Kaum ein anderer Ausschuss beeinflusst das Leben in der Stadt so sehr wie der Ausschuss für Planung, Bau und Wohnungsbau. Dies zeigt sich auch in der stets recht hohen Anzahl der anwesenden Bürger:innen und Initiativen. Dem trägt der Ausschuss seit einiger Zeit Rechnung, indem jene sich nicht mehr in der Bürgersprechstunde, sondern bei der Behandlung des jeweiligen Tagesordnungspunktes zu Wort melden können. Dadurch übersteigt die Zeit, in welcher sich die Bürger:innen zu Wort melden können, die klassische Sprechstunde.

Der Spagat zwischen Umweltschutz und Wohnungs-

bau ist die größte Herausforderung für die Abgeordneten. Der Ansatz der FRAKTION ist kurz gefasst: Nachverdichten, wo es möglich ist, Frischluftschneisen erhalten, neue Baugebiete umweltfreundlich und klimaneutral entwickeln.

Um den Preissteigerungen bei Mieten und Kaufpreisen entgegenzuwirken, muss mit neuem Wohnungsbau reagiert werden. Dabei muss bestehendes Grün in geeigneter Weise ersetzt werden, um das Klima zu schützen. Die Frischluftschneisen müssen erhalten werden, um die Kaltluftzufuhr zur Innenstadt zu gewährleisten. Die Stadtverordneten müssen Bebauungspläne beschließen, die hori-

zontale und vertikale Gebäudebegrünung, Maßnahmen zur Versickerung und Nutzung von Regenwasser sowie Solarenergieanlagen zur Bedingung machen.

Der Grüngürtel um die Stadt darf nicht angetastet werden. Herbert Förster steht für die Einhausung der Autobahn A661 auf maximaler Länge. Der inzwischen verabschiedete Beschluss für die kürzeste Variante wurde von der Mehrheit der Opposition nicht mitgetragen. Der Mut, für die Menschen an der A661 mehr Geld auszugeben, fehlte hier eindeutig. Dass die Regierungskoalition die kürzeste Variante umsetzen wird, ist für Anwohner:innen und Klima zu wenig.

Was zu tun ist ...

Seit mehr als einem halben Jahr macht die Koalition keine Sachpolitik mehr, sondern arbeitet sich nur am Koalitionspartner ab“, sagt Herbert Förster. Während es in der Wahlperiode 2011–2016 der Koalition aus CDU und Grüne noch möglich war, bis kurz vor der Wahl Politik zur Sache zu machen, blockiert sich die aktuelle Koalition.

Nicht zuletzt wegen der Aktionen des OB Peter Feldmann (SPD) entzündet sich immer wieder Streit in der Koalition. Während es der SPD in den letzten vier Jahren gelang, nach außen von ihrem OB professionellen Abstand zu halten, scheint die AWO-Affäre

dafür gesorgt zu haben, dass sich die SPD-Fraktion und Peter Feldmann seit April 2020 Schützenhilfe geben, um besonders gegen CDU und Grüne zu schießen. Dabei zögert der Oberbürgermeister nicht, von seinen Rechten nach der Gemeindeordnung Gebrauch zu machen und bestimmten Stadträten Redezeit in der Plenarsitzung zu verweigern. Regierungsfähigkeit kann so nicht vorgetäuscht werden.

Diese Koalition schafft mehr Probleme als Lösungen und zementiert ein „Weiter so“, das sich Frankfurt nicht leisten kann. Die Wähler:innen können Koalitionen in dieser Form verhindern.